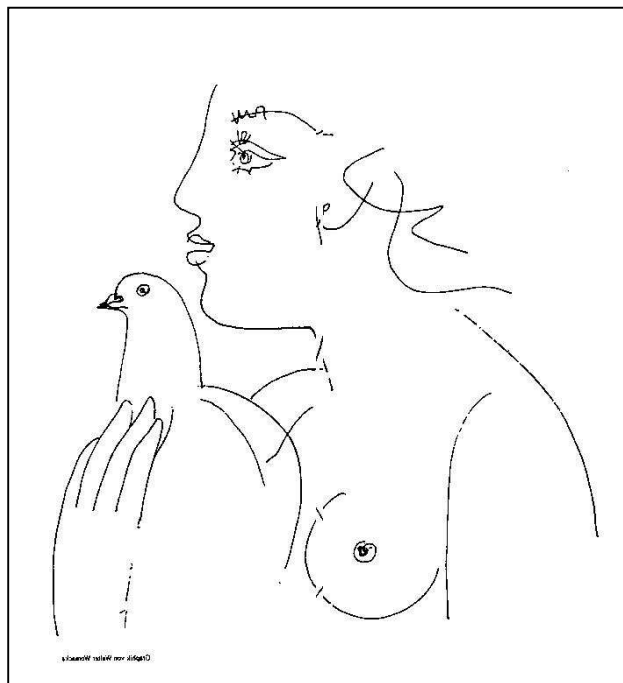


Nr. 172



**Geschichtsfälschern Paroli bieten -**  
*eine Nachlese zum 70. Jahrestag der*  
*Befreiung*

von

**Prof. Dr. Georg Grasnick**

Redaktionsschluss: 1. Juni 2015

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.  
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

In allen Teilen der Welt wurde und wird in diesem Jahr der 70. Jahrestag der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus und der 70. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg gewürdigt. Das unterstreicht die historische Bedeutung dieser beiden herausragenden Ereignisse des XX. Jahrhunderts.

Regierungen, progressive Persönlichkeiten und Organisationen, Demokraten, Antifaschisten und Friedensfreunde gedachten in vielfältigen Formen der historischen Leistung der Anti Hitler - Koalition, in der die Völker der Sowjetunion den Hauptanteil an der Zerschlagung der faschistischen Bestie hatten. An den Feierlichkeiten in Moskau nahmen Repräsentanten von Staaten teil, die für eine friedliche, multilaterale Welt wirken. So die Vertreter der volkreichsten Staaten der Erde, der Präsident der Volksrepublik China, Xi Jinping, und der Präsident Indiens, Pranab Mükherjee, der Präsident Südafrikas Zuma und der Präsident Kubas Raul Castro und andere. Gäste waren der UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und Vertreter anderer bedeutender internationaler Organisationen.

Hervorzuheben ist die Teilnahme des Präsidenten der Tschechischen Republik Zeman, der den von EU und NATO erklärten Boykott der Feierlichkeiten negierte.

Die politischen Eliten der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft - gefangen in ihrer politischen Russophobie - boykottierten es, diese historischen Gedenktage zu feiern und da - wo es nicht zu umgehen war - bemühten sie die alten und neuen antisowjetischen bzw. antirussischen Klischees und Geschichtsverfälschungen.

US-Präsident Obama meinte, er könne Russland zur „Regionalmacht“ herabsetzen und das Land wie seinen Präsidenten in infamer Weise zwischen Ebola und dem IS einstufen. Die offizielle Politik der BRD betrieb im Umgang mit diesem Gedenktag eine doppelbödige Politik. Schließlich war ja

von deutschem Boden, vom deutschen Faschismus, 1939 der Zweite Weltkrieg, als wahnwitziger Vernichtungskrieg vor allem gegen die Sowjetunion entfesselt worden. Das war nicht zu umgehen.

Und so erschien die deutsche Bundeskanzlerin in Moskau am Tag nach den Feierlichkeiten, um gemeinsam mit Präsident Putin am Grabmal des unbekanntes Soldaten einen Kranz niederzulegen.

In Berlin, in einer sogenannten Gedenkstunde des Deutschen Bundestages, konnte als bestellter Redner der Historiker Prof. Winkler den Abgeordneten eine Lektion in Geschichtsrevisionismus halten.

### **Negation wahrer Verbrechen**

In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Putin demonstrierte die deutsche Bundeskanzlerin die bereits genannte Doppelbödigkeit der offiziellen deutschen Politik. Sie kam nicht umhin, die Leistungen der sowjetischen Menschen und der Roten Armee zu würdigen. Gleichzeitig ging sie in ihren Ausführungen sogar so weit, die unter so großen Opfern erreichte Befreiungstat über die faschistische Barbarei in Frage zu stellen, weil „das Ende des Zweiten Weltkriegs nicht für alle Europäer Freiheit und Demokratie gebracht“ habe. (1) Nach ihrer von Russophobie bestimmten Lesart habe 1945 in Osteuropa, also auch in der DDR, lediglich eine Diktatur die andere abgelöst und gar keine Befreiung vom Faschismus stattgefunden.

Das war im Grunde eine unverschämte Provokation der Gastgeber und eine Verhöhnung aller jener, die mit riesigen menschlichen und materiellen Opfern den Sieg über die faschistische Tyrannei errungen hatten.

---

1 Pressekonferenz Moskau, 10. Mai 2015

In ihrem Statement auf der Pressekonferenz bezichtigt Frau Merkel die Regierung der Russischen Föderation, sie habe sich einer „verbrecherischen und völkerrechtswidrigen Annexion der Krim“ schuldig gemacht. (2) Sie verstieg sich dazu, die Wahrnehmung nationaler Interessen durch Russland in dem von USA, BRD und NATO ausgelösten Ukraine - Konflikt gegen den opferreichen Befreiungskampf der Sowjetunion gegen den Faschismus auszuspielen.

Nun ist von der deutschen Bundeskanzlerin nicht bekannt, dass sie je die von den USA gegen das Völkerrecht geführten Kriege und Geheimoperationen mit militärischem Charakter als verbrecherische Akte verurteilt hätte. Sie hätte - Sinn für Recht und Gerechtigkeit vorausgesetzt - mehr als 20 Fälle solcher nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten US-Akte benennen müssen. In diesen Militäroperationen verloren mehr als 10 Millionen Menschen ihr Leben. Das waren in Korea während dreier Kriegsjahre drei Millionen Menschen. Im „schmutzigen Krieg“ der USA gegen Vietnam waren es bis zu 3,8 Millionen Menschen, in Laos eine Million und in Kambodscha zwischen 600.000 und 800.000, die Opfer der US-amerikanischen Kriegsverbrechen wurden. (3) Den gegen den Irak, gegen Afghanistan, Pakistan und Libyen geführten sogenannten „Antiterror -“,Kriegen sind bisher 1,7 Millionen Menschen zum Opfer gefallen. (4)

Es ist auch nicht bekannt, dass Frau Merkel jemals Skrupel darüber geäußert hätte, welche Verbrechen mit den von der Bundesregierung geförderten und von profitgierigen deutschen Rüstungsschmieden abgewickelten Waffenexporten – darunter auch in Krisengebiete und an autoritäre Regime – verübt worden sind.

---

2 Junge Welt 9./10. 2015

3 [www.journal21.ch](http://www.journal21.ch)

4 [www.ippnw.de/thema/Terrorismus/tote](http://www.ippnw.de/thema/Terrorismus/tote)

Merkels Unterstellung einer „verbrecherischen Annexion der Krim“ richtet sich ja nicht nur gegen Moskau, sondern in gleicher Weise gegen die Bewohner der Krim. Weil sie ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben. Weil sie für die Aufnahme in die Russische Föderation gestimmt haben. Weil sie sich – in weiser Voraussicht – vor verbrecherischen Handlungen der Putschistenregierung in Kiew abgesichert haben. Entscheidungen, die sie davor bewahrten, Opfer des von Kiew geführten Bürgerkrieges gegen Teile des eigenen Volkes zu werden.

Mit ihrem provokativen Äußerungen auf der Pressekonferenz in Moskau hat sie lediglich bekannt, dass sie sich dem von der USA-Administration gesteuerten, den Frieden gefährdenden Konfrontationskurs gegen Russland unterordnet.

### **Sezession der Krim**

In Berlin der Hauptstadt Deutschlands – so hätte man erwarten dürfen – dass zum 70. Jahrestag der Befreiung der Völker Europas von Faschismus und Krieg der Bundespräsident oder die Bundeskanzlerin das Wort ergreifen würden. Weit gefehlt. Im Deutschen Bundestag – wie bereits erwähnt – hielt der Berliner Historiker Winkler die Gedenkrede. Dank für die sowjetischen Soldaten, die im opferreichen Kampf den Hauptanteil für die Befreiung Deutschlands erbracht hatten, war von ihm nicht zu vernehmen. Wie die Bundeskanzlerin sprach er von einer „Annexion“ der Krim. Wie sie, so bemühte auch er sich um Uminterpretation der Geschichte. Kein Wort über die nach dem Staatsstreich von Kiew eingeleitete und von Ethnonationalismus geprägte Aussonderungsstrategie gegen die russischstämmige Bevölkerung. Kein Wort zum Referendum auf der Krim über den Beitritt zur Russischen Föderation. Kein Wort zum Völkerrecht, das besagt, dass nach einem in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch-

geführten Referendum von einer Sezession gesprochen werden muss.

Auf der Krim hat es keine „russische Annexion“ gegeben. Der Internationale Gerichtshof urteilte - übrigens im Zusammenhang mit der Annexion des Kosovo - Abspaltung verstoße nicht gegen das Völkerrecht. Im internationalen Recht gebe es kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen.

Die führende Russland - Expertin und frühere Moskau - Korrespondentin der ARD, Krone - Schmalz, erwähnt in ihrem Buch „Russland verstehen“ u.a. die Ergebnisse einer Anfang Mai 2014 vom Pew Research Center durchgeführten Umfrage auf der Krim. „Demnach gaben 91 Prozent der befragten Einwohner an, das Referendum sei frei und fair verlaufen. 88 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Kiew das Ergebnis des Referendums und damit die Sezession der Krim anerkennen solle. Darüber hinaus hatten 93 Prozent Vertrauen zu Putin und 92 Prozent sagten, dass Russland eine positive Rolle auf der Krim spiele.“ (5) Fast ein Jahr später, im Februar 2015 erfolgte auf der Halbinsel eine Umfrage der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung e.V. Gefragt wurde: „Soll die Krim zu Russland gehören?“ 82 % antworteten mit „Uneingeschränkte Unterstützung“, 11 % mit „Unterstützung mit Vorbehalt“ und 4 % mit „Keine Unterstützung“. (6)

Um noch bei Krone - Schmalz zu bleiben - sie gab „nach einer Vortragsveranstaltung in einer deutschen Großstadt einem Kollegen einer großen deutschen Zeitung“ ein Interview. U.a. wurde ihr die Frage gestellt: „War es klug von Putin, sich die Krim unter den Nagel zu reißen?“ Ihre Antwort:

„Die Krim ist ureigenstes russisches Land. Was Putin getan hat, ist keine Landnahme, sondern Notwehr unter Zeitdruck. Ich werfe dem Westen vor, die Bedeutung der Halbinsel für Russland nicht richtig eingeschätzt zu haben - emotional,

---

5 Gabriele Kron-Schmalz, Russland verstehen, Verlag C.H. Beck, München 2015, S. 27

6 Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung e.V.

militärisch, geostrategisch... Ich halte auch den Vorwurf, Russland habe gegen das Völkerrecht verstoßen, nach diversen Gesprächen mit Völkerrechtlern nicht für berechtigt.“ (7) Das Interview wurde nie veröffentlicht.

Tatsächlich gehörte die Krim seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zu Russland und später, ab 1921, als Autonome Sozialistische Sowjetrepublik zur UdSSR. 1954 „verschenkte“ sie Chruschtschow, unter Missachtung der Verfassung der RSFSR an die Ukraine. Chruschtschow, damals Generalsekretär der KPdSU, war gebürtiger Ukrainer. 1991 votierte bei einem Referendum die übergroße Mehrheit der Krim-Bewohner für eine autonome Krim-Republik im Verband der UdSSR. 1998 wurde eine Verfassung der Autonomen Republik Krim beschlossen.

Mit Blick auf die von Krone - Schmalz erwähnten geostrategischen Interessen Russland sei darauf hingewiesen, dass Moskau seit nahezu zwei Jahrzehnten einen Pachtvertrag über die Nutzung Sewastopols als Heimatbasis für die russische Schwarzmeerflotte hat. Der Vertrag wurde unter Janukowitsch bis 2042 verlängert. Nach dem Staatsstreich in Kiew wurden aus der Junta Stimmen laut, die verlangten, den Pachtvertrag zu kündigen.

Der deutsche Marine- Experte Mommsen hat darauf hingewiesen, dass Sewastopol der Hafen sei, „der wirklich die gesamte russische Schwarzmeerflotte aufnehmen kann, ihr Schutz und entsprechende Logistik bietet. Es gibt für die Russen noch keinen Ersatz.“ (8)

Die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation hat den Plan des Pentagon durchkreuzt, die Krim als NATO-Stützpunkt zu übernehmen und der russischen Schwarzmeerflotte die Heimatbasis und den Zugang zum Mittelmeer zu nehmen.

---

7 Gabriele Krone-Schmalz, a.a.O.,S. 28

8 [www.dw.de/marine-experte-krim](http://www.dw.de/marine-experte-krim)

Mit seinen Auslassungen zur Krim – und nicht nur dazu – hat der Berliner Historiker im Bundestag die seit über einem Jahr andauernde Kriegshetze gegen Russland als Hauptfeind von USA und NATO befördert.

Von beiden, von der Kanzlerin und dem Historiker, ist keine Äußerung bekannt, dass die NATO-Mächte – ohne Referendum – mit der völkerrechtswidrigen Abtrennung des Kosovo von Serbien eine Annexion vollzogen haben. Von beiden gibt es bisher auch keine Verurteilung der gegen Palästina gerichteten annexionistischen Siedlungspolitik Netanjahus.

### **„Europäische Friedensordnung“ - Muster ohne Wert**

In Moskau wiederholte Frau Merkel herausfordernd, was sie schon in ihrer Neujahrsbotschaft für 2015 und nach dem G-7-Gipfel zur Dämonisierung Russland behauptet hatte: „Russlands Einverleibung der Schwarzmeer - Halbinsel Krim stelle eine „Gefährdung der europäischen Friedensordnung“ dar. Vor dem Bundestag hatte Winkler nachgesprochen, durch „die völkerrechtswidrige Annexion der Krim“ sei die „europäische Friedensordnung“ „radikal in Frage gestellt“. (9) Nun hat die politische Elite hierzulande ihre ganz spezifische, von Hegemonie-Interessen geprägte Interpretation von Frieden im Allgemeinen und von „europäischer Friedensordnung“ im Besonderen. In der EU, von der hier die Rede ist, gibt die BRD für wesentliche Fragen der Politik den Ton an. In dieser „Europäischen Friedensordnung“ der EU hat Russland keinen Platz.

Die von Frau Merkel gemeinte „Europäische Friedensordnung“ zeichnete sich zunächst dadurch aus, dass nach dem Anschluss der DDR entgegen völkerrechtlichen Regelungen nicht Frieden, sondern wieder Krieg von deutschem Boden ausgeht. Den Auftakt dafür bildete der völkerrechtswidrige Krieg zur



Zerstörung Jugoslawiens. Zuvor hatte sich die BRD aktiv am Wortbruch gegenüber der Sowjetunion beteiligt, als - entgegen den Zusagen des Westens - seit Mitte der 1990er Jahre der Anschluss von 12 Staaten Osteuropas an das NATO-Interventionsbündnis vollzogen und damit die Einkreisung Russlands beschleunigt worden war.

Mit dem von USA und BRD geförderten Putsch in Kiew und dem damit verfolgten Plan, die Ukraine als Frontstaat gegen Russland in den NATO-Machtbereich einzugliedern, wurde eine neue Qualität erreicht. Die NATO, darunter auch Bundeswehreinheiten, rückte direkt an die russische Grenze vor. Die BRD, die gegenwärtig außerhalb ihrer „Europäischen Friedensordnung“ 15 polizeiliche und militärische „Missionen“ auf drei Kontinenten ausführt, übernahm beim Aufmarsch gegen Russland eine Führungsrolle. Und zwar beim Aufbau einer „Schnellen Eingreiftruppe“, die in an Russland grenzenden NATO - Mitgliedsländern eingerichtet wird. Die „Eingreiftruppe“ soll als „Speerspitze“ fähig sein, „schnell und schlagkräftig“ zu operieren. Die NATO erreichte im Ergebnis des „Regime Change“ in der Ukraine einen Raumgewinn in Richtung Moskau von etwa 700 Kilometern. In den baltischen Staaten operieren NATO-Truppen 150 Kilometer vor Sankt Petersburg.

Frau Merkels „Europäische Friedensordnung“ schließt ein, dass die Bundeswehr sich an allen Weltordnungskriegen der USA beteiligt: mit Bundeswehr-Auslandseinsätzen, mit Aufklärungsdiensten für die Auswahl von Feindzielen für US-amerikanische Bomben- oder Drohnenangriffe und mit logistischer Unterstützung der US-Streitkräfte. „Der Spiegel“ vermerkte kürzlich: „Den größten Militärstützpunkt außerhalb ihres Landes unterhalten die USA in Ramstein. Alle Angriffe der Air Force werden über Ramstein abgewickelt.“ (10) Die

---

10 Der Spiegel .....

BRD beherbergt in Ramstein auch die europäische Kommandozentrale für das NATO - Raketenschild. Es soll dazu dienen, bei einem atomaren Erstschlag der USA die Zweitschlagkapazität Russlands auszuschalten. Die Idee eines wahnwitzige Nuklearkrieges in Europa, in den 1990er Jahren von der Reagan - Administration ins Kalkül gezogen, ist offenbar nicht ad acta gelegt. Die Tatsache, dass USA und BRD weiterhin an der Lagerung von US-Atomwaffen in Büchel festhalten, bekräftigt diese Absicht. Jetzt haben deutsche Militärpolitiker eine Debatte über eine neue nukleare Aufrüstung innerhalb der NATO ausgelöst. Zum „Gesamtpaket der Abschreckung“, das auf die Tagesordnung zu setzen sei, gehörten neben der Nuklearbewaffnung allgemein auch speziell die US-Atombomben, die in Europa gelagert seien – nicht zuletzt in Deutschland, verlautet aus der Berliner „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“. (11)

Zu der von Merkel deklarierten „Europäischen Friedensordnung“ der Friedensnobelpreisträgerin EU, gehört auch die Verpflichtung der EU - Mitglieder zu steter Militarisierung. Die BRD hatte im Lissabonner Vertrag eine derartige Verpflichtung durchgesetzt. Vizekanzler Gabriel, darauf gestützt, forderte im vergangenen Jahr zum „Schutz“ der „bedrohten Europäischen Friedensordnung“ die Aufstellung einer „Europa - Armee“. Der deutsche Imperialismus würde mit ihrem Aufbau seine Vorherrschaft in der EU auch auf militärischem Gebiet deutlich verstärken. Und vor allem könnten mit der Verlagerung der Entscheidung für Auslandseinsätze auf EU - Ebene die lästigen nationalen Parlamente ausgeschaltet werden.

Die deutsche Bundeskanzlerin und ihr Vize demonstrieren mit der weiteren Militarisierung ihrer „Europäischen Friedensordnung“, dass sie den auf Krieg steuernden Expansionskurs des US-Imperialismus unterstützen.

## **Totalitarismus-Doktrin gegen Geschichtsrealitäten**

Die deutsche Bundeskanzlerin hat mit ihren Auslassungen auf der Pressekonferenz in Moskau – der Anlass dieser Pressekonferenz sei beachtet – deutlich gemacht, welche Rolle die Totalitarismuskonzepte und der Geschichtsrevisionismus im Denken und Handeln der Wortführer der Politik der BRD spielt.

Um den Beitrag der Sowjetunion, also des Sozialismus, zur Befreiung der Völker Europas vom Faschismus zu diskreditieren, wurden in ihrem Sinne die sogenannten Leitmedien und die bereits erwähnte Bundestags - Veranstaltung aufgebaut. Die FAZ beispielsweise verarbeitete dieses Geschichtsbild: „Die Russen und ihre Nachbarn haben schlimme geschichtliche Erfahrungen gemeinsam. Sie waren Opfer Hitlers und Stalins.“ (12)

Im Bundestag hat „Gedankredner“ Historiker Winkler geschworen, dass Deutschlands „ostmitteleuropäische Nachbarn“ nie wieder „Opfer“ einer „deutsch-sowjetischen Doppelaggression“ werden dürfen. (13) In Osteuropa, also auch in der DDR, hätte 1945 lediglich eine Diktatur die andere abgelöst. Nach dieser von Russophobie diktierten Lesart hätte hier 1945 gar keine Befreiung stattgefunden. Sozialismus und Faschismus werden, wie gehabt, auf eine Stufe gestellt. Mit Hilfe der Totalitarismuskonzepte soll der Öffentlichkeit, vor allem jungen Menschen, eingebleut werden: Wenn schon von Befreiung gesprochen werden müsse, dann hätten 1945 nur die Westeuropäer, also auch die Westdeutschen, sie erlebt. Die Völker Ost- und Mitteleuropas, also auch die DDR-Bürger, hätten erst nach dem Ende des europäischen Sozialismus von „Befreiung“ sprechen können. In solcher Interpretation kann nunmehr auch der deutsche Bundespräsident das Wort

---

12 FAZ, 7. Mai 2015, Leitartikel Reinhard Veser

13 ARD, 7. Januar 2015

„Befreiung“ in seinen Wortschatz aufnehmen. Der neue Verbündete der Freiheitsmissionare, der Kiewer Putschist und gegenwärtige Ministerpräsident der Ukraine, Jazenjuk, eilt bisherigen Interpretationen voraus, indem er – von der deutschen Obrigkeit unwidersprochen pöbelt: „Wir können uns alle sehr gut an die sowjetische Invasion der Ukraine und Deutschlands erinnern.“ (14)

25 Jahre nach dem Zerfall des europäischen Sozialismus, so meint die gegenwärtige politische Elite und so praktizieren es ihre Schreiberlinge, sei die Zeit gekommen, um die Geschichte radikal umzuschreiben und die Wahrheit über die historische Befreiungstat der Sowjetvölker zu entsorgen. Was auch für die Wahrheit über die von der Anti – Hitler - Koalition festgelegten Maßnahmen für Nachkriegsdeutschland gelten soll.

Für die politische Elite in den Westzonen und dann der BRD galt stets, dass das Reich weiter bestehe und der Reichsmythos erhalten bleiben müsse. 1973 ließ man sich vom Bundesverfassungsgericht „bescheinigen“, dass das „Deutsche Reich“ „den Zusammenbruch 1945 überdauert hat“ und die BRD als Staat mit dem Staat „Deutsches Reich“ „teilidentisch“ sei. (15) „Teilidentisch“ deshalb, weil die DDR noch nicht wieder zum Reich gehöre. Tradition und Kontinuität waren gefragt. Dies galt vor allem für den Erhalt der alten Macht- und Besitzverhältnisse. Jene Grundlagen, die mit dem Drang zur Weltspitze zu zwei Weltkriegen geführt hatten. Diese Wahrheit kommt übrigens in keinem der bundesdeutschen Geschichtsbücher vor. Es könnte ja die Erkenntnis über den gegenwärtigen dritten Versuch wecken.

Kontinuität nach dem „Zusammenbruch 1945“ bestimmte die Innen- wie die Außenpolitik und sie wurde vielfach mit dem alten Personal gepflegt. Diese personelle Kontinuität wurde

---

14 ARD tagesthemen 7.1.2015 ab 21:10min

15 ddr-luftwaffe.blogspot.com/reparationen-deutschland Pp

inzwischen durch von Einrichtungen bundesdeutscher Justiz sowie der Außen- und Innenpolitik bestätigt. Und dass die Bundeswehr von faschistischen Heerführern, von Spezialisten des Vernichtungs- und Ausrottungskrieges gegen die Sowjetunion, aufgebaut wurde, ist dank der Enthüllungen der DDR und westdeutscher Friedensaktivisten längst kein Geheimnis mehr. Am 12. Oktober 1967 kommentierte das Niederländische Fernsehen die Realitäten auf deutschem Boden so: „Es gibt zwei Deutschlands – ein linkes und ein rechtes, ein antifaschistisches und ein neonazistisches, ein sozialistisches und ein imperialistisches.“

Zum Kapitel Kontinuität der Praktiken des Reichs gehörte auch die Verhaltensweise der Adenauer - Regierung zur Wiedergutmachung der in der Sowjetunion von den deutschen Okkupanten angerichteten Verwüstungen. Franz Joseph Strauß hat in seinen Lebenserinnerungen offenbart, warum die Adenauer - Regierung so kategorisch den sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland ablehnte. Strauß wörtlich: „Da wir aber nicht bereit und nicht in der Lage sind, Reparationen zu zahlen, wollen wir auch keinen Friedensvertrag.“ (16)

So blieb die Last der Wiedergutmachung auf den Schultern der „Brüder und Schwestern“ in der DDR.

### **Der Wahrheit verpflichtet**

Die Politiker und Historiker, die heute die alte Bundesrepublik schönreden und einem dritten Versuch das Wort reden, um an der Seite des US-Imperialismus an die Weltspitze zu gelangen, betrieben anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus nicht nur übelste Geschichtsfälschung. Sie appellierten zugleich an die Öffentlichkeit, eine intensivere deutsche Teilnahme an der Neuordnung der Welt zu

unterstützen. Der Bundespräsident hatte verlangt, die Verbrechen des deutschen Imperialismus und Militarismus nicht etwa zum Anlass zu nehmen, um ein „Wegsehen“ von mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu rechtfertigen.

Winkler fügte im Bundestag nach seinen antirussischen Ausfällen hinzu: „Aus den nationalsozialistischen Verbrechen lässt sich kein deutsches Recht auf Wegsehen ableiten.“ Und er plädierte für mehr Engagement „im Sinne einer Schutzverantwortung der Völkergemeinschaft tätig zu werden.“ (17)

Die Bundesregierung zeigte sich hinsichtlich dieser „Schutzverantwortung“ recht großzügig, als sie bei ihrer Förderung des Staatsstreichs in der Ukraine eine Gemeinschaft mit Faschisten einging. Sie unterstützt die gegenwärtige Kiewer Regierung auf vielfältige Weise. Mit Finanzspritzen, um das Regime vor dem Bankrott zu retten. Mit Ausbildern und Waffen für die ukrainische Armee, in die die Machthaber in Kiew die teils faschistisch orientierten Freiwilligen - Bataillone in die regulären Streitkräfte integrieren. Aus Berlin erfolgt kein Protest, dass die Anhänger und Mitläufer des Faschistenführers Bandera als „Helden der Ukraine“ gefeiert werden. Und dass Denkmale für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf um die Befreiung der Ukraine von den faschistischen Besatzern gefallen sind, geschleift werden.

Die Bundeswehr - Führung unterstützt nicht nur ihre neuen „Waffenbrüder“ in Kiew. Sie demonstrierte in Berlin auch ihren antirussischen Kurs. Sie beging den 60. Jahrestag des Beitritts der BRD zur NATO mit einem pompösen Ball. Und zwar nicht am 5. Mai, wie es zuträfe. Gefeiert wurde am 9. Mai, dem 70. Jahrestag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition, der vor allem unter hohen Blutopfern der Kämpfer der Sowjetunion erzwungen wurde. Ein offener Affront, der wohl zur Traditionspflege des deutschen Militarismus gehört.

---

17 German Foreign Policy, 21.4.2015, 23.4.2015, 29.4.2015

Geehrt wurden zugleich Vollstrecker des „totalen Krieges“. So beispielsweise von der Bundesmarine der ehemalige Admiral Raeder, der im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Auf diese Weise soll offenbar daran erinnert werden, dass die 1945 erlittene Niederlage des deutschen Militarismus einen Neuanfang ermöglichte.

70 Jahre nach der Befreiung des deutschen Volkes von Faschismus und Krieg befindet sich die Bundesrepublik auf einem brandgefährlichen Pfad. Der Konfrontationskurs gegenüber Russland auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet und übelste, kriegshetzerische Russophobie soll die Erinnerung der Älteren an die Befreiungstat der Sowjetunion vor 70 Jahren auslöschen. Die Vermittlung der Wahrheit an die Jüngeren über die durch diese Befreiungstat geschaffene längste Friedensperiode in unserer jüngeren Geschichte soll verhindert werden.

Umso mehr ist auch hervorzuheben, dass trotz der gegenwärtigen Regierungspolitik und der massiven politischen Kampagnen der sogenannten Leitmedien und anderer entsprechender Einrichtungen in dieser Gesellschaft in großen Teilen der Bevölkerung zumindest Unbehagen und auch Ablehnung zur offiziellen antirussischen Politik gerade in diesen Tagen deutlich geworden sind. Das zeigte sich nicht zuletzt in entsprechenden Demonstrationen und Meetings, in Versammlungen und Veranstaltungen verschiedenster Art, in denen Menschen verschiedenster Bevölkerungsgruppen und politischer Anschauungen - vor allem auch junge Menschen - würdig und aktiv diese historischen Gedenktage begangen haben.

Das haben auch die Demonstrationen gegen den G-7 Gipfel gezeigt.

Es ist durchaus erhellend heute die Frage zu stellen: Was wäre angesichts des faschistischen Ausrottungs- und Vernichtungskrieges aus Europa, aus uns Deutschen ohne die Sowjetunion geworden? Welches Schicksal wäre den anderen Völkern widerfahren, wenn nicht die sowjetischen Menschen und ihre Rote Armee unter unsäglichen Opfern die Wende im Kriegsverlauf erzwungen und ihren bedeutenden Beitrag zum Sieg über Nazi - Deutschland - wo fieberhaft an der Herstellung einer Atombombe gearbeitet wurde - geleistet hätte? Es erscheint unvorstellbar!

Deshalb:

Die Entlarvung der Versuche, Geschichte zu revidieren und die Verbreitung der Wahrheit über historische Vorgänge und Zusammenhänge bleibt unsere Pflicht.